



Niedriglöhner sind keine politische Verfügungsmasse

Pressemitteilung von Werner Dreibus, 23. November 2006

Werner Dreibus kritisiert "Mindestlohn-Tauschgeschäft" von Minister Glos

"Wir sind doch nicht auf dem Schnäppchenmarkt", so der Vize der Fraktion DIE LINKE., Werner Dreibus, zum vom Wirtschaftsminister Michael Glos vorgeschlagenen Tauschgeschäft, wenn die SPD für weniger Kündigungsschutz zu haben sei, gebe die Union der Zeitarbeitsbranche den Mindestlohn. Dreibus: "Inzwischen müsste es bis zu Herrn Glos vorgedrungen sein: in keiner ernstzunehmenden wissenschaftlichen Untersuchung konnte nachgewiesen werden, dass weniger Kündigungsschutz zu mehr Arbeitsplätzen führt. Der Minister handelt unlauter." Dreibus unterstrich die Notwendigkeit, in Deutschland analog zu anderen europäischen Ländern einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. "Wie lange will die Bundesregierung noch zusehen, wie Millionen Menschen im Niedriglohnbereich verarmen? Es geht hier um das Schicksal von Menschen und nicht um eine politische Verfügungsmasse", bekräftigt der Gewerkschafter die Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro pro Arbeitsstunde. Dreibus:

"Mit dem Thema Mindestlohn könnte die SPD im Kabinett endlich mit dem aufrechten Gang beginnen."